



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

P/VIII/161

14. Juli 1953

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Nachfahren Hitlers	S. 1
Ein norwegisches Jubiläum	S. 3
Schäffers Strassenbauplan	S. 4

Sammlung der Rechten

(sp) In Frankfurt, der alten Goethestadt, kam es dieser Tage zur ersten grösseren Saalschlacht seit dem Zusammenbruch, ausgelöst durch eine provozierende Themenstellung und wohl auch durch die Person des Sprechers, jenes ehemaligen Kreta-Oberbefehlshabers, General a.D. Andrae, der nachweislich noch nach der Kapitulation deutsche Soldaten wegen Ungehorsam erschiessen liess. Den Veranstaltern wurde eine gehörige Lektion zuteil und es ist zu hoffen, dass es dabei sein Bewenden hat.

Die deutliche Zurückweisung der Volksverderber und Verführer von gestern und jener von morgen war umso notwendiger, als viele Anzeichen darauf schliessen lassen, dass die unter den verschiedensten Namen segelnden deutschen Rechtsgruppen anscheinend von den Methoden des politischen Rowdytums nicht lassen wollen. Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil. Die "Abrechnung mit den 45ern" als Versammlungsthema ist nicht nur eine schamlose Provokation, sie ist eine Beleidigung aller jener, in welchen demokratischen Parteien sie auch stehen mögen, die seit dem Zusammenbruch das deutsche Volk aus den Trümmern seiner Niederlage herausführten und seinem geschändeten Namen wieder zur Achtung verhelfen. Nicht noch einmal darf es geschehen, dass Hasardeure und politische Strauchdiebe ein Volk straflos verführen und es in neues Unglück stürzen.

Was ist heute die deutsche radikale Rechte? Soweit sie, zumindest in ihren weitblickenden Köpfen, nicht bei Parteien rechts

von der Sozialdemokratie Unterschlupf gefunden hat, steht sie angesichts der kommenden Bundestagswahlen vor dem Zwang zum Zusammenschluss. Aus einer Unzahl von Gruppen und Grüppchen haben sich in den letzten Wochen drei ^{grössere} Wahlgruppierungen herausgebildet, freilich in sich selbst wieder zerfallen und von persönlichen Macht- und Cliquenkämpfen zersetzt, aber zusammengehalten durch das Bestreben, eine Plattform zu erhalten, von der aus der Spring in den neuen Bundestag gelingen soll.

Das interessanteste, aber auch schillerndste Gebilde ist wohl die "Deutsche Aufbaugemeinschaft" - die Vorliebe für tönende Namen scheint im deutschen Rechtsradikalismus unausrottbar zu sein - geführt von dem Bundestagsabgeordneten Loritz und dem aus dem Bundestag ausgestossenen ehemaligen SRP-Führer Dorls. Eine etwas merkwürdige Bundesgenossenschaft, die ebenso rasch wieder auseinanderfallen dürfte, wie sie zustande kam. Das Hauptreservoir der "Aufbaugemeinschaft" liegt in Niedersachsen, wo die aufgelöste SRP ihre meisten Anhänger hatte. Zugkräftige Namen als Kandidaten sollen für die kleinen Hitlers die Wahlpirsch erleichtern. Die Jagd nach ehemaligen prominenten Nazis oder solchen, die durch die Gunst des Dritten Reiches zu fragwürdigem Ruhm kamen, nimmt geradezu groteske Formen an. Ob ein Oberst Rudel, der, um dem deutschen Nachkriegselend zu entgehen, viele Jahre in Argentinien verbrachte, oder ein Remer oder die Frau des letzten deutschen Grossadmirals Dönitz genügen, um Dorls, Götzendorf und Loritz die Scharen von Unverbesserlichen zuzutreiben, mag freilich bezweifelt werden.

Immerhin hat diese Gruppe vielleicht Aussicht auf einige Mandate, wogegen die "Nationale Sammlung", geführt von Karl Meissner, (Deutscher Block), dem früheren CSU-Mitglied Hausleiter (Deutsche Gemeinschaft) und der "Reichsblock" des Generals a.D. Andrae an der äussersten Peripherie der deutschen Politik verbleiben dürfen. Als Auffangbecken für alle Unzufriedenen, mit Ressentiments Beladenen sind sie nicht zu unterschätzen. Umso weniger, als Querverbindungen bis in die Reihen gewisser Regierungsparteien und sogar auch zu den Kommunisten bestehen. Die Gefährlichkeit aller dieser Gruppen besteht ja nicht in ihrer zahlenmässigen Stärke, sondern in der potentiellen Anfälligkeit weiter Schichten des deutschen Bürgertums. Das etwas lose Verhältnis der Regierungsparteien zur Demokratie, in den vier Jahren des Bundestages so offensichtlich demonstriert, gibt den Geistern von gestern Euc und Antrieb.

Ein halbes Jahrhundert Norwegen

KRK, Oslo

Nach der Unionskrise des Jahres 1905, die vor allem infolge der Haltung der schwedischen Sozialdemokratie friedlich gelöst wurde, ging Norwegen seine eigenen Wege. Das moderne Norwegen wird also bald seinen fünfzigsten Geburtstag feiern. Das Statistische Zentralbureau in Oslo hat es jedoch für richtig gehalten, um des Kalenders willen einen Überblick über die Entwicklung Norwegens von 1900 bis 1950 zu geben. Dass die ersten fünf Jahre noch in die Unionszeit fallen, hat für die Beurteilung dieses Überblicks nichts zu bedeuten.

Dieses halbe Jahrhundert hat das Land in viel höherem Masse umgestaltet als es einige Jahrhunderte zuvor vermochten. Musste Norwegen vor fünfzig Jahren sozusagen noch zu den unterentwickelten Ländern gerechnet werden, gehört es heute dank der Tatkraft, dem Fleiss und dem Können seiner Bevölkerung wie auch durch den Weitblick seiner Regierungen zu den reichsten und bestorganisierten.

Während die Zahl der Einwohner Norwegens um eine Million stieg (sie beträgt heute 3.2 Millionen), vervierfachte sich die Produktion. Aus einem Bauern- und Fischerstaat wurde Norwegen zu einem Industrieland. Im Jahre 1910 betrug der Anteil der Land-, Wald- und Fischereiwirtschaft an dem Gesamtverbrauch der Bevölkerung 22.6 %, jener der Industrie 26.3 %, die Bautätigkeit eingerechnet. Im Jahre 1950 lieferten Landwirtschaft, Waldwirtschaft und Fischerei 11.9 % der Verbrauchsgüter, während der Anteil der Industrie auf 41.9 % gestiegen war.

Diese Entwicklung äussert sich auch in der Erhöhung des Lebensstandards. Der Verbrauch je Einwohner war 1950 doppelt so gross wie 1900. Das grösste Wachstum kommt auf die Jahre des Wiederaufbaus nach dem Kriege. Schliesse die Statistik nicht 1950, würde sich zeigen, dass die letzten acht Jahre überhaupt die reichsten in der Geschichte des Landes waren. Das sind vor allem die Jahre der Arbeiterregierung.

Eine andere Tatsache, die sich in der erwähnten Statistik spiegelt, ist die unglaubliche Steigerung der Investitionen im Vergleich zum Verbrauch. Um die Jahrhundertwende wurden 81.5 % des Nationalinkommens "aufgegessen", und nur 16 % blieben für Investitionen. Obwohl die Pro-

duktion heute vervierfacht ist, kann sich das Volk mit dem Verbrauch von 62 % für private Zwecke begnügen, während 30 % für Investitionen bleiben. Die Investitionstätigkeit war niemals grösser als in den Nachkriegsjahren, also während der sozialistischen "Misswirtschaft".

"Arbeiderbladet", das Organ der norwegischen Regierungspartei, sagt: "Der Rückblick auf fünfzig Jahre gibt also ein etwas anderes Bild als das, das wir täglich in der bürgerlichen Presse sehen können. Es ist nicht wahr, dass alles so viel besser hier im Lande war. Einige wenige hatten es vielleicht geräumiger. Aber für die gewöhnlichen Leute waren die fünfzig Jahre so etwas wie eine Revolution. Das ist nicht mehr als gerecht, denn es waren sie, die durch Arbeit und Mühe den erhöhten Wohlstand schufen. Es liegt an uns selbst, ob die nächsten fünfzig Jahre ein gleich reiches Wachstum aufweisen."

+ + +

Wegezüge - wie in alten Zeiten

F.B. Ohne Frage; der Bundesfinanzminister ist ein erfindungsreicher Kopf, und über die notwendige Portion Hartnäckigkeit verfügt er auch. Hat man vor Monaten seine geplante Autobahn-Benutzungsgebühr mit Schimpf und Schande bedacht, nun, so benutzt er in diesen Tagen den günstigen Reprivatisierungswind, der allen sogenannten bürgerlichen Parteien die Wahlkassen zutreiben soll, um seine Lieblingsidee frisch aufgeputzt erneut an den Mann zu bringen.

In einem schriftlichen Interview mit der Deutschen Presseagentur regte er an, eine Finanzierungsgesellschaft zum weiteren Ausbau der Autobahnen zu gründen, deren Träger Bund und Länder sein sollen. Die benötigten Kredite hingegen sollten, begünstigt durch eine Bundesgarantie, auf dem privaten Kapitalmarkt aufgetrieben werden. Der springende Punkt aber ist, dass die Finanzierungsgesellschaft das Recht erhalten soll, sogenannte Baumlagen zu erheben, und zwar von allen Kraftfahrzeugen, die die vorhandenen Autobahnen - nicht etwa nur die neu zu bauenden - benutzen. Also praktisch wieder die

Autobahnbenutzungsgebühr mit anderem Namen und mit dem Unterschied, dass Bund und Länder die Büttel für die Eintreibung der Wegezölle in private Kassen stellen. Wie prächtig wäre es, wenn dann eines Tages die Finanzierungsgesellschaft die Ausschüttung von Dividenden beschliessen könnte, denn so naiv kann auch kein Bundesfinanzminister sein, dass er glaubt, dass privates Kapital in uneigennütziger Weise die Autobahnbenutzungsgebühr zu taxieren würde, dass kein Profit dabei herauspringt. Der Bundesverkehrsminister hat zwar vor einigen Wochen vorbeugend errechnen lassen, dass nur zwei Strassenstücke in Deutschland, Barmen-Wuppertal und Freiburg-Basel, auf dieser Basis rentabel arbeiten könnten. Aber lassen wir erst einmal die Aktionäre in das Geschäft einsteigen, sie werden schon zeigen, dass man auch aus den unmöglichsten Sachen Geld heraus schlagen kann.

Doch warum soll es bei den Autobahnen bleiben? Wie wäre es, um neue Wege aufzuzeigen, wenn man in der Postbeförderung in der Bundesrepublik auf die Zeit vor Thurn und Taxis zurückgeht, es rentiert sich schon. Oder vielleicht könnte man auch Strom und Flussbrückenfinanzierungsgesellschaften gründen und wie in alter Zeit Brückenzölle erheben. Wenn man neben Brücken noch Tafeln aufstellt, dass das Herüberschwimmen verboten ist, acht Prozent der Dividende würden sicherlich herauskommen.

Ein Glück, dass der Bundesfinanzminister seine neuen Ideen entwickelt hat, als er sich gerade auf dem grossen Wasser nach Amerika befand. Die erbosten Strassenverkehrsteilnehmer hätten ihn sonst - wie vor einigen Monaten - überrollt. Doch gemacht, er kommt wieder zurück, und ab Bremen oder Hamburg muss er wieder Strassen und Autobahnen benutzen.

+ + +